

Wolfgang Schroeder
Ursula Bitzegeio
Sandra Fischer (Hg.)

Zusatztexte zur
Originalausgabe

**Digitale
Industrie
Algorithmische
Arbeit
Gesellschaftliche
Transformation**

Digitale Industrie. Algorithmische Arbeit. Gesellschaftliche Transformation.

Onlineveröffentlichung in Ergänzung der Originalausgabe

Schriftenreihe Interdisziplinäre Perspektiven

Das politische Fachbuch der Abteilung Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung
Herausgegeben von Pia Bungarten und Markus Trömmner

Band 4

In der Reihe sind bisher erschienen:

Band 1: Ursula Bitzegeio, Jürgen Mittag, Lars Winterberg (Hg.):

Der Politische Mensch. Akteure gesellschaftlicher Partizipation im Übergang zum
21. Jahrhundert, Bonn 2015.

Band 2: Ursula Bitzegeio, Frank Decker, Sandra Fischer, Thorsten Stolzenberg (Hg.):

Flucht, Transit, Asyl. Interdisziplinäre Perspektiven auf ein europäisches Versprechen,
Bonn 2018.

Band 3: Philipp Adorf, Ursula Bitzegeio, Frank Decker (Hg.):

Ausstieg, Souveränität, Isolation. Der Brexit und seine Folgen für Europa, Bonn 2019.

Wolfgang Schroeder · Ursula Bitzegeio
Sandra Fischer (Hg.)

**Digitale Industrie
Algorithmische Arbeit
Gesellschaftliche
Transformation**



Impressumsdaten der Originalausgabe:

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-4272-5

© 2020 by
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Schriftleitung: Jacob Hirsch

Umschlaggestaltung: Jens Vogelsang, Aachen

Satz:
Kempken DTP-Service | Satztechnik • Druckvorstufe • Mediengestaltung, Marburg

Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2020

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Richard Roske

Linkspopulismus und Digitalisierung aus der Perspektive des politischen Denkens des Postfundamentalismus

Was hat Linkspopulismus mit dem digitalen Wandel zu tun? Zur Beantwortung dieser Frage stellen sich eine Reihe weiterer Fragen vorab. Was ist Populismus? Und was heißt Populismus in einem dezidiert linken Kontext?

So ist zunächst auf die pejorative Schlagseite dieses Begriffs hinzuweisen, die nicht nur in Medien, sondern auch im akademischen Betrieb vorherrscht. Aus liberaler Sicht wird Populismus beispielsweise von Jan-Werner Müller als eine Politikvorstellung verstanden, die Antielitismus und Antipluralismus kombiniere und somit die liberalen Grundlagen der repräsentativen Demokratie untergrabe.¹

Populismus ist wie viele politische Begriffe auch ein Kampfbegriff. Im politisch-medialen Diskurs wird dieser Begriff zumeist zur Denunziation politischer

1 Vgl. Jan-Werner Müller: Populismus. Theorie und Praxis, in: Merkur 69 (2015) 795, S. 28-37; hier S. 30.

Konkurrent_innen verwendet, die sich programmatisch außerhalb des neoliberalen Konsenses bewegen.² Es wird ein Antagonismus zwischen »uns liberalen Demokraten« und den »populistischen Antidemokraten«³ hergestellt. Der griechische politische Theoretiker Yannis Stavrakakis beschreibt dieses *cleavage* zwischen Populismus und Antipopulismus als die zentrale Konfliktlinie, über die gegenwärtig politische Bedeutung hergestellt werde.⁴ Der Spalt zwischen Populist_innen und Antipopulist_innen »ist heute die dominante politische Konfliktlinie in den Krisengesellschaften des Finanzkapitalismus«, so auch Wolfgang Streeck.⁵ Nebenbei tragen die »Antipopulisten« durch ihre Grenzziehung dazu bei, den Populismusbegriff durch ihre pauschale Verwendung selbst zu verwässern.⁶

Der niederländische Politikwissenschaftler Cas Mudde liefert demgegenüber eine wertfreiere Definition, die in der Politikwissenschaft auf weite Zustimmung stößt. Demnach sei Populismus eine dünne Ideologie, die die Gesellschaft in zwei Lager aufteile, das homogene Volk und die korrupte Elite, und in der Politik den Gemeinwillen auszudrücken versuche.⁷

Wenn unter linken Vorzeichen von Populismus die Rede ist, so bedarf es von diesem Verständnis ausgehend jedoch der Konkretisierung. So ist Linkspopulismus zuvorderst mit den Namen zweier politischer Theoretiker_innen verbunden, die führende Vertreter_innen des Postmarxismus sind: Ernesto Laclau und Chantal Mouffe.

Neben der theoretischen Fassung des Populismus verfolgt die Debatte über den Linkspopulismus vor allem ein politisches Projekt, das auf akademischer Ebene auf eine Umdeutung des Begriffs abzielt und auf der politischen Ebene sich ent-

2 Vgl. Oliver Marchart: Liberaler Antipopulismus. Ein Ausdruck von Postpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 44-45 (2017), S. 11-16; hier S. 11.

3 Ebd.

4 Vgl. ebd.; vgl. Yannis Stavrakakis: Die Rückkehr des »Volkes«. Populismus und Anti-Populismus im Schatten der europäischen Krise, in: Griechenland im europäischen Kontext. Krise und Krisendiskurse, hg. v. Aristotelis Agridopoulos/Élias Papagiannopoulos, Wiesbaden 2015, S. 109-137; hier S. 110.

5 Wolfgang Streeck: Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus, in: Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit, hg. v. Heinrich Geiselberger, Frankfurt a. M. 2017, S. 253-274; hier S. 261.

6 Vgl. Marchart: Liberaler Antipopulismus, S. 11.

7 Vgl. Cas Mudde: The Populist Zeitgeist, in: Government and Opposition 39 (2004) 4, S. 541-563; hier S. 543; vgl. Marchart: Liberaler Antipopulismus, S. 12.

gegen den Diagnosen von Postdemokratie⁸ und Postpolitik⁹ für eine linke Politik engagiert. Hier lässt sich eine Verschmelzung politischer Theorie und Praxis beobachten, welche theoretisch vor allem von der belgischen politischen Theoretikerin Chantal Mouffe vorangetrieben wird und politisch bei sozialen Bewegungen und Parteien wie Podemos oder Syriza Wiederhall gefunden hat.

Die Forderung nach einem linken Populismus führt die Idee der Demokratisierung oder Radikalisierung und Pluralisierung der Demokratie fort,¹⁰ die Mouffe gemeinsam mit Ernesto Laclau in *Hegemony and Socialist Strategy*¹¹ entworfen hat. Es geht um eine Vertiefung der demokratischen Ideale Freiheit und Gleichheit. Seit diesem Gründungswerk des Postmarxismus hat sich vor allem Chantal Mouffe der Entwicklung einer Demokratietheorie gewidmet, die sich in den radikaldemokratischen Hintergrund einschreibt und zu den »agonistischen« Demokratietheorien gezählt wird. Mouffes Demokratietheorie richtet sich gegen die deliberativen auf Konsens zielenden Modelle eines John Rawls oder Jürgen Habermas. Sie ist von einem dissoziativen Verständnis des Politischen geprägt, das diese Sphäre als Raum des Konflikts und Antagonismus begreift.¹² Damit Konflikte im liberaldemokratischen System ausgetragen werden können, bedürfe es einer Transformation politischer Feindschaft in Gegerschaft.

Nach Laclau und Mouffe bedarf insbesondere das Ideal politischer Gleichheit nach Jahrzehnten eines neoliberalen Wandels, der sich heute in Gestalt eines »progressiven Neoliberalismus«¹³ (Fraser) artikuliert, der Aktualisierung,¹⁴

8 Vgl. Colin Crouch: Postdemokratie, Berlin 2008.

9 Chantal Mouffe: Für einen linken Populismus, Berlin 2018, S. 15.

10 Vgl. ebd., S. 12 f., 16.

11 Vgl. Ernesto Laclau/Chantal Mouffe: *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*, London/New York 2001.

12 Vgl. Mouffe: Für einen linken Populismus, S. 100 f. Zur assoziativen und dissoziativen Traditionslinie des Politischen vgl. Oliver Marchart: Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben, Berlin 2010, S. 32 ff.

13 Vgl. Nancy Fraser: Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus, in: Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit, hg. v. Heinrich Geiselberger, Berlin 2017, S. 77-91. Fraser bezeichnet damit eine Koalition aus der neuen liberalen kosmopolitischen Bewegung, die sich für Themen des Antirassismus, Feminismus oder der LGBTQI-Community engagiert, und den exponiertesten Vertretern des neoliberalen Kapitalismus (Silicon Valley, Wall Street); vgl. auch Dirk Jörke/Veith Selk: Theorien des Populismus zur Einführung, Hamburg 2017, S. 164f.

14 Vgl. Mouffe: Für einen linken Populismus, S. 12 ff.

Im Folgenden werden die zentralen Bestandteile der Populismustheorie Laclaus vorgestellt und im Anschluss überlegt, wie sich im Zeitalter der Digitalisierung ein solches linkspopulistisches Projekt darstellt.

Die Populismustheorie Ernesto Laclaus

Laclaus Theorie des Populismus fügt sich in seine weiter gehende Diskurs- und Hegemonietheorie ein.¹⁵ Populismus ist bei Laclau eine bestimmte »Form einer diskursiven Praxis der Artikulation«. ¹⁶ Eine Vielzahl von Forderungen wird in einem Diskurs unter bestimmten Signifikanten verknüpft, wobei diese Verkettung der Logik der Äquivalenz folge – keine der Forderungen nehme gegenüber anderen den Vorrang ein.¹⁷ Die Verknüpfung dieser Forderungen stelle eine Äquivalenzkette her und die *demands* werden unter bestimmten bedeutungsvollen Begriffen – den Signifikanten – in einem Diskurs zusammengeschlossen.¹⁸ Dabei werden die Forderungen in sich selbst gespalten, einerseits bewahren sie ihre volle Partikularität, andererseits reihen sie sich unter den Signifikanten in die Äquivalenzkette ein, um Teil eines Kollektivsubjekts, einer kollektiven Identität zu werden.¹⁹ Damit sich dieses Kollektivsubjekt als Totalität darstellen kann, muss ein Anspruch oder eine Gruppe von Ansprüchen diese als Ganzes repräsentieren – die Rolle eines »leeren Signifikanten« übernehmen.²⁰ Hiermit vollzieht sich eine hegemoniale Operation, indem eine »Partikularität, ohne dass sie aufhört partikular zu sein, die Repräsentation einer sie transzendierenden Allgemeinheit übernimmt«. ²¹ Das so diskursiv konstruierte »Volk« als die Summe der *demands* bleibt also in sich pluralistisch.

Damit jedoch von Populismus gesprochen werden kann, bedürfe es einer Abgrenzung dieser kollektiven Identität gegenüber einem Feind,²² einem »konstituti-

15 Auf eine weiter gehende Darstellung soll hier verzichtet werden. Zum politischen Denken Laclaus vgl. Marchart: Die politische Differenz, S. 185 ff.

16 Jörke/Selk: Theorien des Populismus zur Einführung, S. 141.

17 Vgl. Ernesto Laclau: Warum Populismus?, in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 18 (2014) 1, S. 6-13; hier S. 7.

18 Vgl. ebd., S. 7 f.

19 Vgl. ebd., S. 7.

20 Ebd., S. 8.

21 Ebd.

22 Ebd., S. 7.

ven Außerhalb«²³ wie Mouffe mit Bezugnahme auf Staten formuliert. Dies geht auf den poststrukturalistischen Gedanken zurück, dass Identität sich erst durch Differenz, durch die Abgrenzung von etwas anderem konstituiere. Zwei Logiken greifen in Laclaus Theorie des Populismus also ineinander: die Logik der Differenz und die Logik der Äquivalenz.²⁴ Die Forderungen und die sie artikulierenden Subjekte entstehen erst in Abgrenzung zueinander – sie sind in Relation zueinander different. Um diese Forderungen aber in einer Äquivalenzkette zu verknüpfen und in einem Diskurs zusammenzuschließen, bedarf es der weiteren Abgrenzung gegenüber einem Außen, einer radikalen Grenze.

Man mag nun aus einer externen Perspektive fragen, worin der qualitative Unterschied der populistischen Mobilisierung zu der gewöhnlicher politischer Akteure liege, die sich ebenso von anderen politischen Akteuren abgrenzen und zuweilen eine Vielzahl politischer Forderungen verbinden. Aus einer immanenten Perspektive ließe sich dem indes entgegenhalten, dass die diskursive Verknüpfung von Ansprüchen unter Signifikanten anders gelagert sei und dass der Laclau'sche Ansatz, verstanden als Tendenzbegriff zwischen den Polen des Populismus und des Institutionalismus, nicht beabsichtige, eine Grenze zwischen Populismus und Antipopulismus zu ziehen.²⁵

Trotz der nicht enden wollenden Debatten über das »populistische Wesen« soll hier an dem so konturierten Verständnis eines linken Populismus festgehalten werden.

Durch diese Strukturierungsprinzipien lässt sich also ein »Volk« als Ausdruck der Pluralität seiner Forderungen – als kollektive Identität – konstruieren und diese »Konstruktion populärer Klassen« ist somit eine »politische Operation«.²⁶ Somit wird der Populismus selbst zu einer Logik der Mobilisierung und im Rahmen der normativen politischen Theorie anschlussfähig für ein politisches Projekt.²⁷

23 Chantal Mouffe: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt a. M. 2007, S. 23; vgl. Henry Staten: Wittgenstein and Derrida, Oxford 1985.

24 Vgl. Laclau: Warum Populismus?, S. 8.

25 Vgl. ebd.

26 Ebd., S. 10 f.

27 Vgl. zur Verbindung von politischer Praxis und Theorie bei Laclau Marchart: Die politische Differenz, S. 186.

Linkspopulismus und Digitalisierung

Auf welche Art und Weise lässt sich der Diskurs über einen linken Populismus mit dem über den digitalen Wandel verbinden?

Zum einen soll im Folgenden gefragt werden, wie »das Volk« im Hinblick auf den digitalen Wandel diskursiv konstruiert werden kann. Welche Ansprüche sind wichtig und gilt es zu verbinden? Wer ist der Gegner?

Zum anderen wird weiter ausgeführt, wie sich linkspopulistische Diskurse im digitalen Zeitalter widerspiegeln. Welche Rolle spielt das Internet, welche Rolle spielen insbesondere soziale Medien als Mittel der politischen Mobilisierung?

Doch zunächst soll das Augenmerk darauf gerichtet werden, was wir unter der »digitalen Revolution« verstehen, insbesondere vor dem Hintergrund der Zeitdiagnose »Postdemokratie/Postpolitik«. Bereits die Verknüpfung derartiger Begriffe deutet den Tenor der Debatte an, die im Folgenden entfaltet werden soll: die Stellung »einer Demokratie nach dem Demos«,²⁸ die den Demos hinter sich gelassen »und den Streit des Volkes liquidiert hat«,²⁹ wie Rancière es formuliert. Im Kontext des digitalen Wandels sind Demokratie und Politik aus dieser Sicht durch Alternativenarmut, die hegemonial gewordene neoliberale Formation und ein damit verbundenes enormes Ungleichgewicht der Interessen und des Einflusses zugunsten (globaler) Unternehmen geprägt.³⁰

So deuten die weiteren Umbruchprozesse durch Informationstechnologie, insbesondere im Zusammenhang mit künstlicher Intelligenz, auf eine weitere »Prekarisierung«, neue Formen der Ausbeutung einer in vielerlei Hinsicht ausdifferenzierten arbeitenden »Klasse« und langfristig schließlich auf eine Auflösung des Faktors »Arbeit« per se.³¹ Es geht hier also um die spezifische Veränderung eines neoliberalen

28 Jacques Rancière: Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt a. M. 2002, S. 111; vgl. zu den Begriffen weiterhin Slavoj Žižek: Die Tücke des Subjekts, Berlin 2010; Chantal Mouffe: Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Politik, Wien 2005; Chantal Mouffe: Das demokratische Paradox, Wien 2008.

29 Rancière: Das Unvernehmen, S. 111.

30 Vgl. Crouch: Postdemokratie, S. 133.

31 Vgl. die viel beachtete Oxford-Studie zur Zukunft der Arbeit, nach deren Einschätzung rund 47 Prozent der Arbeitsplätze auf dem US-amerikanischen Arbeitsmarkt gefährdet sind, Carl Benedikt Frey/Michael A. Osborne: The future of employment: How susceptible are jobs to computerisation?, in: Technological Forecasting and Social Change 114 (2017), S. 254-280; vgl. ferner Maarten Goos: The impact of technological progress on labour markets. Policy challenges, in: Oxford Review of Econo-

len globalisierten Kapitalismus, der mit dem Signifikanten des »digitalen Kapitalismus«³² in der sozialwissenschaftlichen Debatte belegt ist.

Populare Forderungen in Zeiten des digitalen Wandels

Was für Forderungen können in einem linkspopulistischen Projekt nun unter diesen »digitalen« Vorzeichen artikuliert werden, das auf die Demokratisierung der Demokratie gerichtet ist?

Der unterbreitete Vorschlag verbindet eine Doppelstrategie. Es geht dabei um eine äquivalente Verbindung von Forderungen, die sich aus der Entstehung neuer Konflikträume durch den digitalen Wandel speisen, und weiteren Forderungen emanzipatorischen Charakters, die von diesem Wandel unabhängig sind.

So führt die enorme technologiebasierte Beschleunigung durch den digitalen Wandel nicht nur zu einer weiteren Zunahme des Finanzkapitalismus. Der digitale Wandel selbst führte auch zu dem enormen Einflussgewinn und der Finanzierung globaler (Dienstleistungs-) Plattformen wie Uber, Airbnb oder Facebook, die vergleichsweise geringe Investitionen brauchen, um als globaler Akteur zu fungieren.³³ So entfalten sich bereits im Anschluss an den Einflussgewinn dieser globalen Plattformen eine Vielzahl von Forderungen.

Zunächst stellt sich die Frage nach dem Eigentum der von den Nutzer_innen zur Verfügung gestellten Daten. In Deutschland besteht beispielsweise durch das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz)³⁴ ein Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und auf die Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme.

Die Debatte über den Datenschutz im Internet führte im europäischen Kontext beispielsweise auch zur Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung. Der Datenschutz im digitalen Zeitalter stellt eine Forderung dar, um die sich ein linkspopulistisches Projekt formieren kann. Abwehrrechte der Bürger_innen müssen verteidigt

mic Policy 34 (2017), S. 362-375.

32 Evgeny Morozov et al.: »Don't believe the hype.« Gespräch über neue Fragen und alte Antworten, in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 23 (2015) 3, S. 10-15; hier S. 12.

33 Vgl. Evgeny Morozov: Silicon Valley oder die Zukunft des digitalen Kapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2018, S. 93-104; hier S. 96.

34 Vgl. BVerfGE 120, 274 (303 ff.).

werden gegen eine marktwirtschaftliche Verwertungslogik. Es stellt sich dabei außerdem ein massives Problem der Datenkontrolle, denn es darf bezweifelt werden, dass die Bürger_innen wollen – wenn soziale Medien und Digitalplattformen als Private nicht über ihre persönlichen Daten verfügen dürfen –, dass das Zugriffsrecht den Staaten zufällt.³⁵ Die Interessen von Staaten und Bürger_innen liegen mit Blick auf den Datenschutz und die Datenfreiheit im Internet also nicht immer zusammen, wie die jüngsten Netzbewegungen gegen die EU-Urheberrechtsreform (#Artikel13, #uploadfilter) zeigten. Der Pluralität dieser sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen wie des Chaos Computer Club (CCC) könnte eine maßgebliche Rolle bei der Artikulation von Forderungen zugunsten des Datenschutzes im Netz zukommen.

Darüber hinaus entstehen durch die Etablierung von Plattformen wie Uber neue Formen der Ausbeutung von Arbeitskräften, die unter den Schlagworten der *gig* und *crowd economy* zusammengefasst werden können. Diese Plattformen werden teils von Staaten über Fonds von globalen Unternehmen wie SoftBank oder großen Finanzmarktakteuren wie Goldman Sachs finanziert.³⁶ Im Ergebnis fließen enorme Summen an Geld in die Unternehmen. Das japanische Unternehmen SoftBank hat beispielsweise mit der Einrichtung des sogenannten Vision Fund rund 100 Milliarden US-Dollar für die Investition in Start-ups aufgebracht.³⁷ Die hohe Finanzkraft der Plattformunternehmen erlaubt es ihnen, sich global aufzustellen, in neue Länder zu expandieren³⁸ und auf diese Weise nationale Arbeitsbestimmungen zu umgehen. Das Ergebnis sind neue Formen der Prekarität, durch die den Konsumenten zwar enorm günstige Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden, allerdings auf dem Rücken der Vielzahl der *Gigworkers*.

Auch in dem Bereich des Crowdworkings, also der allein web- und computerbasierten Arbeit, im Unterscheid zum *Gigworking*, in dem realweltliche Dienstleistungen nur über digitale Plattformen gesteuert werden, entstehen neue Formen der Prekarisierung, die sich im Wesentlichen nur durch die Art der Tätigkeit (computerbasiert) unterscheiden. Unternehmen wie Amazon Mechanical Turk bieten die

35 Dies konnte man im deutschen Kontext an der Debatte über die Vorratsdatenspeicherung erkennen. Auch das Social-Credit-System in der Volksrepublik China zeigt die enormen Möglichkeiten des Staats zur Zensur und Kontrolle durch die Digitalisierung.

36 Vgl. Morozov: Silicon Valley oder die Zukunft des digitalen Kapitalismus, S. 94 f.

37 Vgl. ebd., S. 94.

38 Vgl. ebd.

Möglichkeit der Auslagerung von Arbeit an, die derzeit noch nicht kostengünstig durch Computer erledigt werden kann. Zum Beispiel ließ »das deutsche Energieunternehmen ENBW [...] handschriftliche [...] Zählerauslesungen seiner KundInnen digitalisieren [...], da Computer oft Probleme haben, Handschriften zu entziffern.«³⁹

In einem linkspopulistischen Diskurs sollten sich also die Forderungen dieser *Gigworker* und *Cloudworker* nach angemessenen Arbeitsbedingungen und Bezahlung widerspiegeln.⁴⁰ Signifikanten eines solchen Diskurses könnten Slogans sein, die die Anspruchsteller_innen über soziale Medien verbreiten könnten.⁴¹ Gegner eines solchen Diskurses wären möglicherweise die globalen Unternehmen wie Amazon oder Uber, die unter den Schlagworten des digitalen Kapitalismus zusammengefasst werden können. Dass der von Altenried verwendete Begriff des »digitalen Taylorismus«⁴² treffend ist für die von Amazon Mechanical Turk offerierte Arbeitskraft, steht außer Frage. Deswegen aber neue Klassenlinien aufzumachen und diese Form der Arbeit klassisch-marxistisch zu denken, würde einer linkspopulistischen Mobilisierungsstrategie nicht gerecht werden. Bietet doch die Laclau'sche Theorie den Vorteil, die Forderungen der *Crowd-* und *Gigworker* in eine Äquivalenzkette, eine »Allianz [...] aus unterschiedlichen diskursiven Elementen«⁴³ einzuspeisen, aus der durch die Abgrenzung gegen den gemeinsamen Gegner eine kollektive Identität resultiert.

An dem ebenfalls angesprochenen Beispiel Airbnb lässt sich zeigen, dass durch den Einfluss dieser globalen Plattformen vermeintlich klassische Forderungen nach einer egalitären Sozialpolitik adaptiert und reartikuliert werden können, beispielsweise nach dauerhaftem sozialem Wohnungsbau und einer eigentumsrechtlichen Umstrukturierung des Immobiliensektors, was hieße, die Möglichkeiten dieser Plattformen einzuschränken und beispielsweise Oligopolisierungstendenzen bei Immobiliengesellschaften zu unterbinden. So trägt Airbnb in Verbindung mit der Anlagespekulation mit Immobilien zur Wohnraumverknappung, -verdrängung

39 Moritz Altenried: Die Geburt der künstlichen Intelligenz. Digitale Underclass und app-based Unionism, in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 23 (2015) 3, S. 44-51; hier S. 45.

40 Auf das Angebot auch unentgeltlich erledigter Crowdwork-Dienstleistungen (und den damit verbundenen Wandel des Arbeitsbegriffs) soll hier nicht eingegangen werden.

41 Siehe dazu den Teil über die Rolle sozialer Medien.

42 Altenried: Die Geburt der künstlichen Intelligenz, S. 50.

43 Oliver Marchart: Chantal Mouffe, in: Radikale Demokratietheorie, hg. v. Dagmar Comtese et al., Berlin 2019 S. 372-377; hier S. 372.

und enormen Mietsteigerungen und zu sozialen Verwerfungen bei, die in der Sozialwissenschaft unter dem Stichwort *gentrification*⁴⁴ diskutiert werden.

Ein linkspopulistisches Projekt kann also als der Versuch verstanden werden, die hier neu aufgezeigten Forderungen, die im Kontext des »digitalen Kapitalismus« entstehen, mit den bereits bestehenden emanzipatorischen und sozialen Forderungen zu verbinden und in einem solchen Diskurs zu hegemonialisieren. Neben Diskursen wie über bedingungslose Grundeinkommen (#bge), die sich nun im Kontext eines »Endes der Arbeit« oder der Problematik der Besteuerung der Plattformunternehmen artikulieren, wird sich eine linkspopulistische Strategie weiter all den Kämpfen gegen Rassismus, die Diskriminierung von Minderheiten und für eine nachhaltige Umweltpolitik verschreiben müssen.⁴⁵ Denn das kapitalistische System ist immer noch durch patriarchalische Strukturen geprägt (zum Beispiel #genderpaygap) und seine Wirtschaftsweise ist nicht nachhaltig.

All diese Forderungen würden gegenüber den anderen äquivalent. Das heißt, keiner würde ein Vorrang vor der anderen eingeräumt.

Ein so diskursiv konstruiertes Volk ließe sich dann gegen den gemeinsamen Gegner eines neoliberalen Systems richten, der unter Signifikanten wie »digitaler Kapitalismus« oder »neoliberaler Kapitalismus« markiert werden könnte.

Rolle sozialer Netzwerke

Facebook hat seit Ende 2018 rund 2,3 Milliarden aktive Nutzer_innen im Monat. Aber Facebook ist nicht nur Facebook. Zu dem globalen Unternehmen gehören weitere Kommunikationsdienste und soziale Medien wie WhatsApp und Instagram. Selbst wenn man nicht unmittelbar die Digitalplattform Facebook verwendet, ist man also bei Facebook, wenn man dessen weitere Dienste nutzt. Es handelt sich hierbei um Kommunikationsnetzwerke, die sich in unser tägliches Leben eingefräst haben. Nur eine geringe Anzahl an Menschen kann und will sich sozialer Medien entziehen. Soziale Medien verändern Kommunikationsprozesse. In den Medien wird oft eine Form der Abschottung der oder des Einzelnen durch diese Veränderungsprozesse

44 Vgl. beispielsweise Andrej Holm: *Wir Bleiben Alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung*, Münster 2010.

45 Vgl. Mouffe: *Für einen linken Populismus*, S. 72 f.

der (digitalen) Kommunikation beklagt. Ein Bild der jungen Generation wird gezeichnet, die sich stets mit Kopfhörern auf den Ohren und dem Smartphone in der Hand durch die Umwelt bewegt und jeglichen Kontakt mit Mitmenschen scheut. Es sei dahingestellt, ob und inwieweit ein solches Bild zutrifft, vielmehr sind soziale Medien Ausdruck von Ambivalenz. In ihnen spiegeln sich auch politische Forderungen wider, die in einem linkspopulistischen Projekt miteinander verbunden werden können. Eine weitere hier zugrunde gelegte These ist also, dass sozialen Medien eine Katalysatorfunktion der Vereinheitlichung dieser Forderungen inhärent ist.

So können die Hashtags (#) als Schlagworte vor allem auf Plattformen wie Instagram und Twitter, gerade wenn sie zu Trends, also den zu einem bestimmten Zeitpunkt am häufigsten verwendeten Schlagworten, werden, zu Signifikanten eines linkspopulistischen gegenhegemonialen Projekts werden, die die bestehende hegemoniale Formation herausfordern. Beispiele für solche Schlagworte mit enormer Reichweite, die ich im Folgenden #-Signifikanten nennen möchte, sind #Artikel13, #metoo oder #fridaysforfuture. Sie spiegeln mannigfaltige Diskurse in den sozialen Medien wider, die für die Freiheit im Internet, für eine emanzipierte Gesellschaft und für nachhaltige Umweltpolitik stehen.

Dabei ist zu beachten, dass zwischen diesen Diskursen in sozialen Medien und den Diskursen abseits des Netzes ein reziprokes Verhältnis besteht. So erfahren Menschen über die sozialen (und klassischen) Medien von diesen Diskursen und werden gegebenenfalls dazu mobilisiert, an Demonstrationen und Protesten teilzunehmen. Dabei ist ebenso die Rolle sozialer Medien wie Facebook als Organisationsplattform durch die Einrichtung von Gruppen und durch Eventeinladungen nicht zu vernachlässigen. Klassische Medien greifen die unter diesen Hashtags »verschlagworteten« Trends der sozialen Medien auf, sodass auch derjenige Personenkreis, der überhaupt keine sozialen Medien verwendet, über die klassischen Medien erreicht wird.

Auf der anderen Seite schallt von den »realweltlichen« Veranstaltungen wie den freitäglichen Klimademonstrationen wiederum ein sozial-mediales Echo in diese Plattformen durch das Teilen von Bildern und Videos – die »Insta Stories« der auf visuelle Medien am meisten ausgerichteten Plattform Instagram sind wohl das Paradebeispiel.

Die Verknüpfung der beispielhaft aufgezählten #-Signifikanten zu einer Äquivalenzkette im Sinne eines linken Populismus bleibt dabei eine eminent politische Operation. Ob diese Verknüpfung gelingt, hängt maßgeblich von der Glaubwürdig-

keit der Akteur_innen ab, denen durch die Medien eine Führungsrolle zugeschrieben wird. Beispiele haben gezeigt, dass dies meist zunächst unbekannte Personen sind, die den Protest in den sozialen Medien und »auf der Straße« organisieren und noch keine parteipolitische Verankerung haben. So formierte sich eine Vielzahl von Menschen nach den spanischen »15-M«-Protesten 2011/12 hinter Pablo Iglesias Turrión und brachte der von ihm mitgegründeten Partei Podemos 2015 einen enormen Erfolg (20,7 Prozent). Ein ähnlich geartetes Projekt (»#aufstehen«), das in Deutschland versuchte, politische Forderungen auf eine solche transversale Art zu verknüpfen, aber von langjährigen Parteipolitiker_innen wie der ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der Linken Sahra Wagenknecht initiiert wurde, ist bisher nicht auf besonders hohe Zustimmung gestoßen. Und derzeit versammelt sich die neue Umweltbewegung #fridaysforfuture hinter der 17-jährigen Schwedin Greta Thunberg.

Obwohl die Forderungen dieser Bewegungen das Potenzial haben, über die sozialen Medien global gestreut zu werden, und somit die Möglichkeit besteht, eine »globale Äquivalenzkette« zu knüpfen, bleibt das Terrain, auf dem die politischen Kämpfe um Hegemonie ausgetragen werden, oft ein nationales. Dies ist der fehlenden Existenz globaler Steuerungsmechanismen (*global governance*) geschuldet, die die Möglichkeiten effektiven politischen Handelns im Angesicht globaler Herausforderungen wie Umwelt- und Datenschutz minimieren. Nur mit der Europäischen Union besteht derzeit ein transnationales Terrain, auf dem Kämpfe für ein linkspopulistisches Projekt ausgefochten werden könnten. Die von den sozialen Bewegungen getragenen Diskurse üben Druck auf die gegenwärtigen politischen Akteure aus und führen so dazu, dass die *demands* in das politische System getragen werden. Dieses Phänomen beschreibt einen Formwandel der Demokratie, der von Rosanvallon als »Gegen-Demokratie«⁴⁶ bezeichnet wurde. Wie sich der Formwandel der Demokratie durch den Einfluss des Digitalen weiter vollziehen wird, bleibt eine zu untersuchende Forschungsfrage, der sich auch die Demokratietheorie stellen muss. Dabei sollte zu beachten sein, dass trotz der beschriebenen Möglichkeiten für politische Mobilisierung, die sich im Rahmen der Laclau'schen Populismustheorie fassen lassen, auch Herausforderungen bestehen. So werden auch politische Diskurse zuweilen auf den sozialen Plattformen in einem Schmitt'schen Freund-Feind-Modus geführt, der der Mouffe'schen »agonistischen« Demokratietheorie als Auseinandersetzung zwischen Gegner_innen widerspricht. Doch kann dies für ein

46 Vgl. Pierre Rosanvallon: Die Gegen-Demokratie. Politik im Zeitalter des Misstrauens, Hamburg 2017.

linkspopulistisches Projekt nicht bedeuten, diese sozialen Räume zu verlassen. Die Betreiber der Plattformen müssten sonst durch weitere politisch zu artikulierende Forderungen gegebenenfalls dazu angehalten werden, den politischen Diskurs in einem »ethisch-politischen«⁴⁷ Rahmen zu halten, innerhalb dessen sich Konflikte austragen lassen. Die sozialen Medien selbst müssen auch als weiteres Terrain betrachtet werden, auf dem diskursive Kämpfe um Hegemonie ausgetragen werden.

Abschließende Bemerkungen: zur Stellung des Populismus aus der Perspektive postfundamentalistischen Denkens

Ziel dieses Linkspopulismus im Sinne der Mouffe'schen politischen Intervention wäre es, eine neue hegemoniale Formation zu schaffen, die eine neue Gesellschaftsmatrix etabliert, die mehr dem demokratischen Ideal der Gleichheit Rechnung trägt.⁴⁸

Unter den Vorzeichen des Digitalen, eines fundamentalen Wandels der gesellschaftlichen Verhältnisse, wäre der Zeitpunkt, die Fundamente infrage zu stellen, auf denen unsere Gesellschaft fußt, und sie mit einem neuen hegemonialen Projekt zu verschieben, nicht ungeeignet.

Insofern zeigt der Populismus, was für das postfundamentalistische Denken des Politischen charakteristisch ist: die Notwendigkeit von Neugründungen und die Unmöglichkeit von Letztgründungen der gesellschaftlichen Fundamente.⁴⁹ Laclau setzt Populismus, wie bereits angemerkt, mit dem Politischen – in Abgrenzung von der Politik – gleich. In Anlehnung an die Heidegger'sche ontisch-ontologische Differenz bezieht sich Populismus also auf die ontologische Ebene.⁵⁰ Warum sollte nun der Populismus in ein postfundamentalistisches Denken des Politischen eingeschrieben werden?

»[D]ie Möglichkeit der Abwesenheit eines festen Grundes [verweist] auf ein ungeheures Potential von Politisierungsmöglichkeiten sowie auf die strukturell

47 Mouffe: Für einen linken Populismus, S. 106.

48 Vgl. Jörke/Selk: Theorien des Populismus zur Einführung, S. 146.

49 Vgl. Marchart: Die politische Differenz, S. 27.

50 Vgl. Laclau: On Populist Reason, London 2005, S. 34.

garantierte Herausforderbarkeit von Unterordnungs- und Unterdrückungsverhältnissen.«⁵¹

Dabei ist zu beachten, dass Politisierung nicht automatisch mit emanzipatorischer Politik gleichgesetzt werden kann.⁵² Aus der postfundamentalistischen Prämisse folgt erst einmal nichts. Doch basiert die Demokratie »auf der Akzeptanz der Abwesenheit eines letzten Grundes«.⁵³ Und obwohl wir im Verlauf des Beitrags beschrieben haben, wie ein linkspopulistisches Projekt auf der Ebene der ontischen Politik mit ihren politischen Forderungen konturiert werden kann, zielt der Populismus als Möglichkeit der fundamentalen Herausforderung der gesellschaftlichen Ordnung doch auf die Neubesetzung der die Gesellschaft instituierenden Gründe. Diese ist im Rahmen des postfundamentalistischen Denkens immer nur temporär möglich. Ob diese »Rekonstituierung« gelingt, ist demnach kontingent.⁵⁴

Insofern schwankt ein politisches Gemeinwesen immer zwischen dem Institutionalismus und dem Populismus und den Zuständen, in denen eine Vielzahl der gesellschaftlichen Ansprüche befriedigt sind, sowie dem Zustand, in dem sie adaptiert und »reartikuliert« werden können, dem populistischen Moment. Gerade in Zeiten des digitalen Wandels, eines Kapitalismus, der die Ressourcen des Planeten enorm ausbeutet und uns im Kontext des Klimawandels unsere eigenen Lebensgrundlagen entzieht, wird es eine Pluralität offener Forderungen geben.

51 Oliver Marchart: Politische Theorie als Erste Philosophie. Warum der ontologischen Differenz die politische Differenz zugrunde liegt, in: Das Politische und die Politik, hg. v. Thomas Bedorf/Kurt Röttgers, Berlin 2010, S. 143-158; hier S. 156.

52 Vgl. ebd., S. 157.

53 Ebd., S. 157.

54 Vgl. Jörke/Selk: Theorien des Populismus zur Einführung, S. 143.

Literatur

- Altenried, Moritz: Die Geburt der künstlichen Intelligenz. Digitale Underclass und app-based Unionism, in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 23 (2015) 3, S. 44-51.
- Crouch, Colin: Postdemokratie, Berlin 2008.
- Fraser, Nancy: Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus, in: Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit, hg. v. Heinrich Geiselberger, Berlin 2017, S. 77-91.
- Frey, Carl Benedikt/Michael A. Osborne: The future of employment: How susceptible are jobs to computerisation?, in: Technological Forecasting and Social Change 114 (2017), S. 254-280.
- Goos, Maarten: The impact of technological progress on labour markets. Policy challenges, in: Oxford Review of Economic Policy 34 (2017), S. 362-375.
- Holm, Andrej: Wir Bleiben Alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung, Münster 2010.
- Jörke, Dirk/Veith Selk: Theorien des Populismus zur Einführung, Hamburg 2017.
- Laclau, Ernesto/Chantal Mouffe: Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics, London/New York 2001.
- Laclau, Ernesto: On Populist Reason, London 2005.
- Laclau, Ernesto: Warum Populismus?, in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 18 (2014) 1, S. 6-13.
- Marchart, Oliver: Chantal Mouffe, in: Radikale Demokratietheorie, hg. v. Dagmar Comtese et al., Berlin 2019, S. 372-377.
- Marchart, Oliver: Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben, Berlin 2010.
- Marchart, Oliver: Liberaler Antipopulismus. Ein Ausdruck von Postpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 44-45 (2017), S. 11-16.

- Marchart, Oliver: Politische Theorie als Erste Philosophie. Warum der ontologischen Differenz die politische Differenz zugrunde liegt, in: Das Politische und die Politik, hg. v. Thomas Bedorf/Kurt Röttgers, Berlin 2010, S. 143-158.
- Morozov, Evgeny et al.: »Don't believe the hype.« Gespräch über neue Fragen und alte Antworten, in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 23 (2015) 3, S. 10-15.
- Morozov, Evgeny: Silicon Valley oder die Zukunft des digitalen Kapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2018, S. 93-104..
- Mouffe, Chantal: Das demokratische Paradox, Wien 2008.
- Mouffe, Chantal: Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Politik, Wien 2005.
- Mouffe, Chantal: Für einen linken Populismus, Berlin 2018.
- Mouffe, Chantal: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt a. M. 2007.
- Mudde, Cas: The Populist Zeitgeist, in: Government and Opposition 39 (2004) 4, S. 541-563.
- Müller, Jan-Werner: Populismus. Theorie und Praxis, in: Merkur 69 (2015) 795, S. 28-37.
- Rancière, Jacques: Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt a. M. 2002.
- Rosanvallon, Pierre: Die Gegen-Demokratie. Politik im Zeitalter des Misstrauens, Hamburg 2017.
- Staten, Henry: Wittgenstein and Derrida, Oxford 1985.
- Stavrakakis, Yannis: Die Rückkehr des »Volkes«. Populismus und Anti-Populismus im Schatten der europäischen Krise, in: Griechenland im europäischen Kontext. Krise und Krisendiskurse, hg. v. Aristotelis Agridopoulos/Élias Papagiannopoulos, Wiesbaden 2015, S. 109-137.
- Streeck, Wolfgang: Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus, in: Die große Regression. Eine internationale Debatte

über die geistige Situation der Zeit, hg. v. Heinrich Geiselberger, Frankfurt a. M. 2017, S. 253-274.

Žižek, Slavoj: Die Tücke des Subjekts, Berlin 2010.

Kurzbiografie

Richard H. K. Roske hat an den Universitäten Trier und Bologna Politikwissenschaft und Öffentliches Recht studiert. Er war für das Programm der *Université de la Grande Région* an der Universität Luxembourg. Derzeit studiert er in Wien bei Oliver Marchart politische Theorie mit Schwerpunkten in der Populismustheorie sowie in postmarxistischen und radikaldemokratischen Ansätzen. Er ist im Vorstand der Deutschen Nachwuchsgesellschaft für Politik- und Sozialwissenschaft und betreut dort die *Working-Paper*-Publikationen.